

Barbara Ratecka\*

## **DIE ÖSTERREICHER ZU VERSTEHEN... ÖSTERREICHS BEZIEHUNG ZUR FRAGE DER EU-ERWEITERUNG**

**ABSTRACT:** May 1, 2004 is a joyful day for the Polish society. Poland became a member of the European-Union! The Austrians did not enjoy the admission of the 10 countries of Central and Eastern Europe to the EU. At that time only 38% of Austrians were satisfied with EU membership. Before the enlargement of the Union Austria suggested a seven-year grace period for citizens from new member states who wish to work in the area of the EU and the protection period for the four main industries. Members of the Austrian Government and the Commissioner, Franz Fischler expresses a hope that Austrian entrepreneurs would expand to the east. Sixty seven percent of entrepreneurs of small Austrian companies felt, however, that EU enlargement will not bring the country any benefits. They pressured the government to protect its own labor market, agriculture and border regions.

**KEY WORDS:** Austria, EU, Eastern Europe, Benita Ferrero-Waldner.

Die Erweiterung der EU um zehn neue Staaten schritt Anfang des Jahres 2004 schnell voran, was manche Europäer mit Freude, und andere dagegen mit Furcht erfüllte. Für Polen bedeutete die Aufnahme in die EU wieder eine enge Bindung an Westeuropa, für Österreich dagegen eine Verschiebung von der Lage eines Grenzlandes ins Zentrum. Österreich wurde wieder zum Kernland Europas. Dabei ist zu unterstreichen, dass Österreich die längste Grenze mit den damaligen EU-Kandidaten besaß, was automatisch verursachte, dass die Folgen der Erweiterung in dem Land am sichtbarsten wurden. Die Zeit der Vorbereitung auf die EU-Erweiterung war also nicht nur für die Bürger der Beitrittsländer, sondern auch für Österreicher besonders wichtig.

---

\* Dozentin an der Lodzer Universität, Katedra Badań Niemcoznawczych, 90-131 Łódź, ul. Narutowicza 59a, E-Mail: ratecka@gmail.com.

Der gewöhnliche Bürger, die Beteiligung am EU-Beitrittsreferendum ausgenommen, hatte keine andere Chance, seine Meinung zum Thema des Beitrittstermins, des Verlaufs der Verhandlungen, der Beitrittsbedingungen oder der Zusammensetzung der Ausschüsse mit Fachleuten, die die Unterlagen zum Assoziierungsabkommen mit der EU vorbereiteten, zu äußern. Diese Tatsache unterstrichen oft Oppositionspolitiker und Politologen, die, so wie Anton Pelinka und Sieglinde Rosenberger, von dem Mangel an demokratischen Mechanismen enttäuscht, den breiten Bevölkerungsschichten eine Äußerung der eigenen Meinung ermöglicht hätten, schrieben: ...es wurden zum Beispiel während der Wahl zum Europaparlament (im Jahre 1999) gar keine mit der Europaintegrierung verbundenen Probleme sowohl präsentiert als auch diskutiert, weil die Wahlkampagne von den Themen der Innenpolitik, wie z.B. der Arbeitsplätze oder der Innensicherheit, dominiert wurde<sup>1</sup>.

Doch unabhängig von der Möglichkeit einer unmittelbaren Einmischung in den Integrationsprozess verfolgten sowohl polnische als auch österreichische Bürger mit Aufmerksamkeit jegliche Aussagen der Politiker, Politologen oder auch der Journalisten, um sich eine eigene Meinung zu den sie erwartenden Veränderungen zu bilden. Für die Österreicher hatte die Frage nach der EU-Erweiterung eine völlig andere Dimension als für die Polen. Weil sie seit acht Jahren EU-Bürger waren, erlaubten sie sich, die Aufnahmebedingungen für neue Beitrittskandidaten zu kritisieren. Weil Österreich zur Gruppe der Nettozahler gehörte, bedeutete das, dass es mehr Gelder an die Unionskasse zahlte, als es daraus erhielt. Die Wirtschaft Österreichs spürte damals eigentlich keine Folgen der Weltwirtschaftskrise, obwohl der Prozentsatz der Bankrotte der österreichischen Firmen gestiegen war und im Jahre 2003 1,73%<sup>2</sup> betrug, und in einigen Branchen vorübergehende Probleme auftauchten, wie z.B. im Eisenbahnwesen infolge des Streiks der Eisenbahner im November 2003<sup>3</sup>.

Es fehlte in Österreich keineswegs an Europaskeptikern, wovon solche Presseartikel, wie z.B. *Wir Neurotiker* in der Wochenzeitschrift

---

<sup>1</sup> A. Pelinka, S. Rosenberger, *Österreichische Politik. Grundlagen. Strukturen. Trends*, Wien 2000, S. 95.

<sup>2</sup> In dieser Statistik nahmen Österreicher den zweiten Platz in Europa nach Schweden ein. Es war ein ziemlich hoher Stand im Vergleich zu anderen EU-Ländern. In den EU-Ländern betrug der Prozentsatz durchschnittlich 0,83%. Die Daten zitiert nach der Wochenzeitschrift *Profil* vom 26. Januar 2004, S. 45.

<sup>3</sup> Vgl. Beilage „Economist“ zur *Die Presse* vom 15. November 2003.

*Profil* zeugten<sup>4</sup>. In dieser Wochenzeitschrift erschien auch ein Kommentar zu einer von der EU-Kommission veröffentlichten Statistik, die eine nach zwei Jahren des Euro-Gebrauchs angefertigte Bilanz betraf. Der Kolumnist der Wochenzeitschrift, Michael Nikbakhsh, stellte fest, dass nur 42% der Österreicher mit dem Euro zufrieden waren, und 55% keine Probleme mehr mit der Euro-Nutzung hatten<sup>5</sup>. Diese und andere Daten, die den Euro betrafen, riefen Kommentare nicht nur in der österreichischen Presse, sondern auch eine gewisse Beunruhigung in Brüssel hervor. Wie im November 2003 die EU-Kommission angab, hatten 5% der Österreicher immer noch große Probleme mit der Euro-Nutzung, obwohl es dennoch nicht so viele Bürger wie in Deutschland waren, wo damals 15% der Bürger der Republik große Probleme mit der Umstellung von der D-Mark zum Euro verspürten<sup>6</sup>. Michael Nikbakhsh erlaubte es sich im Kommentar zu den angeführten Daten eine tückische Frage zu stellen: *Und überhaupt: Wer braucht dieses Europa? Es sind doch nur 38% der Österreicher der Meinung, dass die EU-Mitgliedschaft eine >gute Sache< ist*<sup>7</sup>. Es war ein erstaunlich niedriger Prozentsatz, was wohl auf die Sanktionen zurückzuführen war, die die übrigen EU-Länder über Österreich nach den Wahlen im Jahre 2000 verhängt hatten, als die EU auf eine beispiellose Art und Weise in die Innenpolitik Österreichs eingegriffen hatte, indem Jörg Haider zum Rücktritt vom Parteivorsitz und zum Verzicht auf die Bewerbung um das Amt des Vizekanzlers gezwungen wurde<sup>8</sup>. So ein niedriger Prozentsatz der Bürger, die mit der EU-Bürgerschaft zufrieden waren, platzierte die Österreicher auf dem vorletzten Platz in der EU, kurz vor Großbritannien (36%)<sup>9</sup>.

Was eigentlich noch mehr Erstaunen wecken konnte, war ein hoher Prozentsatz der Österreicher (und es waren über 50%), die meinten, dass sie auch ohne EU sehr gut zurecht kommen könnten<sup>10</sup>. An dieser Stelle sollte man eigentlich daran erinnern, dass in einer nationalen Volksabstimmung, die am 12. Juni

---

<sup>4</sup> M. Nikbakhsh, „Wir Neurotiker“ [in:] *Profil*, vom 5. Januar 2004, S. 41.

<sup>5</sup> Op. cit.

<sup>6</sup> „Euro-Barometer“ [in:] *Profil* vom 5. Januar 2004, S. 41.

<sup>7</sup> M. Nikbakhsh, *Wir Neurotiker...*, vgl. S. 1.

<sup>8</sup> Zu diesem Thema wurden zahlreiche Publikationen veröffentlicht, wie z.B. Neisser, H./Puntscher-Riekmann, S., (Hrsg.): *Europäisierung der österreichischen Politik. Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft*, Wien 2002.

<sup>9</sup> Op. cit.

<sup>10</sup> Op. cit.

1994 vor der Unterzeichnung des Beitrittsabkommens durch die Bundesregierung stattfand, die österreichische Bevölkerung in der Mehrzahl, weil zu 66,58 %, den EU-Beitritt unterstützt hatte<sup>11</sup>. Sehr gute wirtschaftliche Leistungen, viel bessere als in anderen EU-Ländern, gaben den Österreichern das Recht, – siehe die Meinung des *Profil*-Kolumnisten – Fragen nach dem Sinn der Zugehörigkeit zu den EU-Strukturen zu stellen, obwohl es eigentlich rhetorische Fragen waren, denn die Rücknahme der im Jahre 1994 im Beitrittsreferendum getroffenen Entscheidungen kam nicht in Betracht. Noch mehr – als im Juli 2003 die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik eine landesweite Umfrage durchgeführt und direkt gefragt hatte: *War der EU-Beitritt Österreichs ein Fehler?* – da fiel die Antwort positiv für die EU aus<sup>12</sup>. Die Umfrage zeigte deutlich, dass die Zufriedenheit mit der Mitgliedschaft in den EU-Strukturen gar nicht so selbstverständlich war und sich mit dem Alter der Befragten verringerte: je jünger die Teilnehmer der Umfrage, desto höher die Befürwortung für die EU, je älter die Befragten, desto niedriger die Befürwortung, und zwar:

– die Befragten im Alter bis zu 25 Jahren zu 77 % meinten, dass der EU-Beitritt kein Fehler war: bis zu 35 Jahren zu 64 %; bis zu 50 Jahren zu 64%; ab 65 Jahren zu 54 %<sup>13</sup>. Obwohl die dramatisch verlaufenden Verhandlungen der Delegationsvorsitzenden der Mitgliedstaaten und der Beitrittskandidaten in Brüssel im Dezember 2003 ein enormes Interesse der österreichischen Bevölkerung weckten, verstanden nicht alle Bürger, warum die polnische und spanische Delegation durch ihre Sturheit, die Regeln des Abkommens von Nizza einzuhalten, zur Niederlage des Gipfeltreffens beigetragen hatten. Die Titel der Artikel, die die Niederlage der Konferenz kommentiert hatten, zeugten eher von der Bereitschaft, einen Kompromiss zu schließen und auf die Einhaltung der nationalen Interessen seitens Polen und Spanien einerseits, und Frankreich sowie Deutschland andererseits zu verzichten, als vom regen Interesse der Österreicher an den Problemen der EU-Erweiterung und der Bedingungen für die Erweiterung: *Eine triumphale Niederlage*<sup>14</sup>, *EU in der Krise. (Wir sind) Ohne Verfassung*<sup>15</sup> oder *Nizza ist nicht einen Tod wert*<sup>16</sup>.

<sup>11</sup> J. Barcz, *Austria w Unii Europejskiej. Problemy prawne w procesie akcesyjnym*, Opole 2001, S. 32 und K. Fiedor, *Austria. Zarys dziejów politycznych*, Łódź 2000, S. 288.

<sup>12</sup> „Jugendliche sind Europafans“, vgl.: *Profil* vom 1. Dezember 2003, S. 19.

<sup>13</sup> *Op. cit.*

<sup>14</sup> *Profil*, vom 22. Dezember 2003, S. 18.

<sup>15</sup> *Profil*, vom 5. Januar 2004, S. 57.

<sup>16</sup> *Op. cit.*, S. 58.

Viele Polen waren dagegen empört wegen des früheren, besonders rigorosen Vorschlags Österreichs für die Staatsbürger der EU-Beitrittskandidaten, die eine Arbeit auf dem Gebiet der EU aufnehmen wollten, eine siebenjährige Karenzzeit festzusetzen. Deutschland schloss sich eifrig dem Vorschlag an. Die übrigen Mitgliedsstaaten sahen keine oder keine so langen Übergangskarenzperioden im Personenverkehr vor. In den Informationsmaterialien, die in der Zusammenarbeit mit der EU vorbereitet und unentgeltlich in Österreich unter dem Titel *Offene Fragen. Offene Antworten. Eine Chance der EU-Erweiterung*<sup>17</sup> verbreitet wurden, versuchte die österreichische Regierung die eigenen Bürger zu beruhigen, die durch eine Verbreitungsperspektive der EU um zehn neue Staaten Mittel- und Osteuropas beunruhigt, vor allem danach fragten:

Werden niedrige Löhne in den Beitrittsländern die Arbeitslosigkeit in Österreich nicht vergrößern? Eine offene Antwort lautete: Große Gehaltsunterschiede zwischen den Beitritts- und Mitgliedsländern sind tatsächlich eins der meist diskutierten Themen über die Bedingungen der EU-Erweiterung.

Bewegungsfreiheit – ja, Arbeitsfreiheit – auch ja

– Recht auf freien Personenverkehr ist eins der Grundrechte der Europäischen Union und es erlaubt den EU-Bürgern ohne Einschränkungen innerhalb der Union zu reisen, zu studieren und zu arbeiten. Bei der völligen Öffnung der Arbeitsmärkte würde jedoch der Arbeitsmarkt in Österreich einem großen Test unterzogen. Außerdem würde es in den Beitrittsländern zum Abfluss der dort so notwendigen Fachkräfte („brain drain“) führen. Deshalb hatte eben Österreich gemeinsam mit Deutschland während der Verhandlungen mit den Kandidaten mit Hilfe der Übergangslösungen einer kontrollierten Öffnung des eigenen Arbeitsmarktes zugestimmt.

Sieben Jahre Schutz

– Österreich erhielt Recht auf eine Sieben-Jahre-Schutzfrist für die Aufrechterhaltung der bestehenden Einschränkungen des Arbeitsmarktzuganges auch nach der EU-Erweiterung. Dadurch wurde ein wirksamer Schutz des österreichischen Arbeitsmarktes gesichert.

Sieben Jahre und vier Branchen

– Aus der Initiative Österreichs und Deutschlands wurden auch darüber hinaus Übergangsfristen für vier Branchen festgelegt, die sich durch den Zustrom von günstigen Dienstleistungsangeboten aus den osteuropäischen Ländern bedroht fühlten. Es waren:

1. Bauarbeiten,
2. Aufräumungs- und Putzarbeiten,
3. Soziale Hilfe und Krankheitspflege zu Hause,
4. Sicherheitsdienste (im weiteren Sinne).

<sup>17</sup> *Offene Fragen. Offene Antworten.* Eine Informationsinitiative der österreichischen Bundesregierung in Zusammenarbeit mit der Europäischen Union, Wien 2000.

Auch für die Ausländer, die vom Ausland zur Arbeit nach Österreich pendeln wollten, wie z.B. für Mitarbeiter der Bauunternehmen aus den Nachbarländern, wurde dadurch eine wirksame Barriere errichtet. Dies räumte Probleme, die durch Gehalts- und Preisunterschiede hätten entstehen können, aus<sup>18</sup>.

Die Österreichische Regierung versuchte damit nicht nur die eigene Öffentlichkeit zu beruhigen, indem sie von ihren Bemühungen um den Schutz der Interessen österreichischer Arbeitnehmer und Arbeitgeber informierte, sondern wies auch auf die Möglichkeiten der Nutzung der EU-Erweiterung für Wirtschafts- und Handelsexpansion österreichischer Unternehmer hin:

Vorteile, die aus der Erweiterung des Geschäftsraumes erfolgen – Zahlreiche, auch internationale Unternehmen entwickelten ihre Tätigkeit auf den Märkten Mittel- und Osteuropas mit einem Standort auf dem Gebiet Österreichs. Wir profitierten von einer solchen Lokalisierung, denn dadurch wurden auf dem Gebiet Österreichs Arbeitsplätze für hoch qualifizierte Arbeitnehmer gegründet. Die Erweiterung der Union verstärkte noch die Vorteile eines solchen Standortes und schuf neue Chancen für die Gründung neuer Arbeitsplätze<sup>19</sup>.

Schon im Juni 2000 unterstrich der österreichische EU-Kommissar Dr. Franz Fischler, dass man aus der Perspektive von fünf Jahren nach dem EU-Beitritt Österreichs vor allem über wirtschaftliche Vorteile, die aus der EU-Mitgliedschaft erfolgen, sprechen kann. Dies wussten damals über 45% der Österreicher zu schätzen<sup>20</sup>. Die Bürger der Zweiten Republik, die meinten, dass ihnen die EU-Mitgliedschaft keine größeren Vorteile gebracht hatte, bildeten eine Minderheit. Nach der Meinung des Kommissars Fischler ist schon fünf Jahre nach dem EU-Beitritt die Attraktivität Österreichs als eines Investitionsortes für In- und Auslandsinvestoren wesentlich gestiegen.

Ab dem Moment des EU-Beitritts, also seit dem 1. Januar 1995 bis zur Hälfte des Jahres 2000, beobachtete man in Österreich einen deutlichen Anstieg der ausländischen Investitionen, besonders in solchen Bundesländern wie Kärnten, Burgenland, Niederösterreich oder Vorarlberg. Gerade nach Vorarlberg, das direkt an die Schweiz grenzt, verlegten den Standort viele schweizerische

---

<sup>18</sup> Siehe: Op. cit.

<sup>19</sup> Siehe: op. cit.

<sup>20</sup> Siehe: F. Fischler, *Aufschwung, Friede, Mitbestimmung. Fünf Jahre österreichische Mitgliedschaft in der EU*, [in:] *Österreich in der EU. Bilanz und Ausblick*, Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, Wien 2000, S. 6–11.

Unternehmen, die die unbeschränkten Expansionsmöglichkeiten auf dem riesengroßen Unionsmarkt nutzen wollten. Der Kommissar Franz Fischler hatte mit Genugtuung wirtschaftliche Vorteile, die aus dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft erfolgten, mit einer immer schwierigeren Situation der Schweizer verglichen, die sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus politischen Gründen ihre freiwillig gewählte Situation der *splendid isolation* würden verlassen müssen, denn angesichts immer engerer internationaler Verbindungen sei sie nicht mehr einzuhalten. Weitere Bundesländer profitierten von der Unionspolitik einer intensiven Förderung und Finanzierung der Grenzzusammenarbeit in den Regionen: Österreich-Tschechien, Österreich-Slowakei, Österreich-Ungarn, Österreich-Slowenien und konnten mit Stolz unterstreichen, dass die Wiener Agglomeration samt Grenzregionen bis nach Brno, Bratislava und Győr schon damals zum Kern Europas gehörten<sup>21</sup> und ausgezeichnete Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung besonders für Unternehmen böten, die auf beiden Seiten der Grenze tätig seien. Eine internationale Zusammenarbeit in dem Raum, der einst zur Monarchie Österreich-Ungarn gehörte, war seit langem das Ziel der Wirtschaftspolitik Österreichs.

Hans Magenschab, der Vizepräsident des *Instituts der Donau-region und Mitteleuropas* und ein bekannter Journalist, spornete schon 1997 zu einer engeren regionalen Zusammenarbeit mit den Nachbarländern und Polen an, die dank konkreten Initiativen bei der Abschaffung der Vorurteile und Stereotype helfen könnte, die immer noch sehr lebendig waren und die sowohl politische als auch wirtschaftliche Aktivitäten erschwerten<sup>22</sup>. Diese Anstrengungen könnten durch konkrete Veranstaltungen, Treffen, Warenaustausch, Produktion und Handel zu guten Ergebnissen führen, was die Nachbarn dabei unterstützte, sich näher zu kommen und sich besser kennen zu lernen. Magenschab, nach Milo Dor, unterstrich, dass jeder, der durch Mitteleuropa reist, merken muss, dass die Länder das Gefühl einer Gemeinschaft verbindet und dass es kein vergangener Mythos, sondern eine Wirklichkeit ist, deren Wurzeln eben bis in die Monarchie reichen<sup>23</sup>. Der Kanzler Wolfgang Schüssel wurde nicht müde zu wiederholen: *Europa ist unser Schicksal*,

---

<sup>21</sup> Vgl.: „Profil-Extra. Wirtschaftsraum Zentraleuropa. *Im Zentrum Europas*“ [in:] *Profil*, vom 26. Januar 2004, S. 61–95.

<sup>22</sup> H. Magenschab, „Österreichs Chancen im Donaauraum“ [in:] *Morgen*, Jg. 21, Nr. 111, Februar 1997, S. 8–11.

<sup>23</sup> Op. cit.

*unsere Herausforderung, und vor allem unsere historische Chance*<sup>24</sup>. Er unterstützte die Bestrebungen Polens und der übrigen Kandidaten auf dem Wege zur EU-Mitgliedschaft. Die Außenministerin Benita Ferrero-Waldner spornte die Unternehmer nicht nur zu einer Ostexpansion an, sondern bildete auch konkrete Rahmen für Aktivitäten, wie z.B. *eine strategische Partnerschaft*<sup>25</sup>.

Trotz Hilfsversicherungen und sogar konkreter Handlungen der Regierung äußerten sich im Dezember 2003 30% der Kleinunternehmenbesitzer, was etwa 100.000 Firmen bedeutete, hinsichtlich der Erweiterung der EU sehr skeptisch<sup>26</sup>. Eine von der Österreichischen Wirtschaftskammer durchgeführte Umfrage bestätigte Bedenken der Unternehmer, dass der EU-Beitritt von zehn neuen Ländern den kleinen Firmen eher schaden als helfen würde. Ein bekannter Journalist, Otmar Lahodynsky, der die Situation Österreichs nach der verlorenen Unionsdebatte über die Verlängerung des Transitvertrags kommentierte, führte Daten aus einer von der IMAS durchgeführten Umfrage zum Thema: *Ist die Osterweiterung der Union gefährlich?* an, die besagten, dass nur etwa 21% der Befragten meinten, dass die EU-Erweiterung Vorteile bringe, 12% keine präzise Meinung dazu hatten, und 67% dagegen behaupteten, dass die Erweiterung ihrem Lande keinen Nutzen bringe<sup>27</sup>. Österreichische Unternehmer reagierten empfindlich auf jede kleinste Bedrohung der stabilen Position Österreichs als eines Standortes, besonders damals, als ihre Expansionschancen in den EU-Beitrittsländern irgendwie hätten in Frage gestellt werden können. Als im November 2003 der Eisenbahnerstreik ausgebrochen war, wiesen sowohl Unternehmer als auch Politiker und Journalisten auf die Gefährdung hin, die für Österreich als einer Region entstehen würde, in der die Standorte sowohl der österreichischen Firmen als auch der internationalen Konzerne, die in ganz Europa tätig sind, konzentriert waren<sup>28</sup>. Eben diese günstige Lage Österreichs unterstrich in einem Lagebericht nach fünf Jahren der EU-Mitgliedschaft der Kommissar Franz Fischler<sup>29</sup>. Das Mitglied einer Bankfiliale der Bank Österreich Creditanstalt, verantwortlich

<sup>24</sup> W. Schüssel, *Zukunft gewinnen, Österreich erfolgreich regieren*, „Regierungsbilanz 02“, Wien 2002.

<sup>25</sup> Vgl. <http://www.parlinkom.bv.at/pd.pk/2001/PKO222.html>.

<sup>26</sup> „EU-Erweiterung“, [in:] *Profil*, vom 5. Dezember 2003, S. 41.

<sup>27</sup> O. Lahodynsky, „Die Nervensäge“, [in:] *Profil*, vom 1. Dezember 2003, S. 16–21.

<sup>28</sup> „25.000 Euro pro Firma und Tag, Sonntagsbeilage“ [in:] *Die Presse-Economist*, vom 15. November 2003.

<sup>29</sup> F. Fischler, *Aufschwung...*, S. 7.

für Mittel- und Osteuropa – Martin Grüll – der sehr detailliert *Die Zukunft ohne Grenzen* für seine Institution und ihre künftigen Kunden plante, stellte stolz fest, dass seine Bank, die 900 Filialen in 11 Ländern Mittel- und Osteuropas mit 18.000 Mitarbeitern besitzt, die Chance, die die zentrale Lage Österreichs bietet, zu nutzen wusste<sup>30</sup>. Grüll behauptete, dass am 1. Mai 2004 ein neues Kapitel einer großen österreichischen „Erfolgsstory“ beginne und dass es keine Zukunftsvision sei, sondern dank der EU-Erweiterung eine Wirklichkeit, die man nicht übersehen dürfe. Seine Bank hatte sich schon auf neue Herausforderungen vorbereitet und konnte dadurch ihre Dienstleistungen den Kunden anbieten, die eine einmalige Gelegenheit zum Investieren in Mittel- und Osteuropa nutzen wollten: *Wir sind ein idealer Partner für Sie – wir sind schon dort!*<sup>31</sup>.

Eine ganze Reihe von Initiativen sollte die Österreicher zu intensiveren Engagements in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Investitionen in den EU-Beitrittsländern, darunter auch in Polen, anspornen. Die Wochenzeitschrift *Profil* präsentierte z.B. seit einer längeren Zeit positive Beispiele einer solchen Zusammenarbeit: den Erfolg der Firma Wiener Investmenthaus Vienna Capital Partners (VCP)<sup>32</sup> oder die Entwicklung der Familienfirma Leier, die sich dank dem Mut zum Investieren im Osten (Polen, Ungarn) und der Tüchtigkeit ihres Gründers Michael Leier aus einem kleinen Laden zu einem riesengroßen, internationalen Unternehmen mit 25 Filialen und 2000 Mitarbeitern entwickelt hatte<sup>33</sup>.

Die Promotionsaktivitäten sowie Zusammenkünfte der Politiker, Geschäftsleute, Journalisten und Wissenschaftler, z.B. im Rahmen des Europäischen Forums Alpbach<sup>34</sup> oder der *Plattform des Dialogs*<sup>35</sup>, oder aber im Rahmen einer von der Außenministerin Benita Ferrero-Waldner initiierten Verständigungsplattform unter dem Namen *Regionale Partnerschaft*<sup>36</sup>, brachten konkrete

<sup>30</sup> M. Grüll, „Zukunft ohne Grenzen“ [in:] *Profil*, vom 26. Januar 2004, S. 60.

<sup>31</sup> Op. cit.

<sup>32</sup> „VCP in Polen“, [in:] *Profil*, vom 15. Dezember 2003, S. 43.

<sup>33</sup> J. Heuberger, „Der Grenzgänger“ [in:] *Profil*, vom 26. Januar 2004, S. 80–81.

<sup>34</sup> Die Konferenz fand in den Tagen vom 1. bis zum 3. April 2001 zum Thema *Polen und Österreich – Partner in Europa* statt. Konferenzheft: *IDM-Info für den Donauraum und Mitteleuropa*, Sonderheft 2, Wien 2002.

<sup>35</sup> *Aussenpolitischer Bericht 1997. Jahrbuch der österreichischen Aussenpolitik; Bericht des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten*, Wien 1998, S. 84.

<sup>36</sup> Siehe: D. S. Bodlaj, *Rzeczypospolita Polska, Republika Austrii a Unia Europejska (1995–2002)*, Magisterarbeit, verteidigt am Lehrstuhl für Deutschlandstudien der Lodzer Universität, Łódź 2003, S. 81.

Ergebnisse, hoben jedoch gegenseitige Vorurteile und Misstrauen nicht auf, weil die Vorurteile sehr wesentlich waren und eine gewisse Hürde bei der echten Öffnung der Österreicher betreffs der EU-Beitrittsländer bildeten, wovon die Ergebnisse der im Jahre 2000 von Małgorzata Sikorska für Instytut Spraw Publicznych [Institut für öffentliche Angelegenheiten“] in Warschau durchgeführten Untersuchungen zeugten<sup>37</sup>.

Die Bedenken der Österreicher betrafen vor allem den massiven Transitverkehr durch das Territorium Österreichs, die Bedrohung des Arbeitsmarktes in einigen Sektoren (Landwirtschaft, Sozialdienst usw.) sowie die Herabsetzung des Niveaus der Innensicherheit infolge des Zustroms der Kriminellen aus den Nachbarländern, und vor allem aus Polen. Österreichische Politiker hatten keine einheitliche Vision der Zusammenarbeit mit den EU-Beitrittsländern und konsolidierter Aufgaben, die das Land auf die Ostöffnung vorbereiten. Und als die regionalen Behörden des Burgenlandes, das an Ungarn und Slowenien grenzt, die Gelder aus den EU-Fonds in den Bau und Ausbau der Straßen in den Grenzregionen investiert hatten, kritisierten Parteiaktivisten der Grünen die Entscheidung. Ihrer Meinung nach war das mit dem ökologischen Denken und den EU-Richtlinien unvereinbar. Statt die Unternehmen zu einer intensiveren Eisenbahnnutzung, besonders im Warentransport zu zwingen, würde in den Straßenbau investiert. Der Parteichef der Grünen aus Wien, Christoph Chorherr, warnte also vor den Kommunikationsproblemen, die mit dem massiven Straßenverkehr aus Osteuropa nach der Aufnahme der neuen Mitgliedsländern entstehen würden, und schlug eine Erhöhung der Maut für die Lastkraftwagen vor, um wenigstens einen Teil der Unternehmer zu zwingen, Dienstleistungen der Eisenbahn zu nutzen<sup>38</sup>.

Die meisten Emotionen und Bedenken wurden ausgelöst von dem erwarteten Zustrom von Arbeitnehmern aus den Nachbarländern und aus Polen, die trotz Beschränkungen, durch den Beitrittsvertrag aufgezwungen, eine Arbeit in Österreich zu finden versuchen würden, wo sowohl die Löhne viel höher sind, als auch die Arbeit für einen Fachmann viel leichter zu finden ist, obwohl im November die

---

<sup>37</sup> M. Sikorska, *Polen und die Polen, Österreich und die Österreicher – gegenseitige Wahrnehmung vor der Erweiterung der Europäischen Union*, Instytut Spraw Publicznych, Warszawa 2000.

<sup>38</sup> Siehe: „Angst vor der Verkehrshölle. Die Grünen kritisieren den massiven Ausbau des Straßennetzes in der Ostregion“ [in:] *Die Presse*, vom 15. November 2003, S. 11.

Arbeitslosenquote in Österreich bis auf 7,2% gestiegen war, also auf das Niveau, das seit fünf Jahren nicht erreicht worden war und Arbeitslosigkeit von 248.000 Personen bedeutete<sup>39</sup>. Die Arbeitslosigkeit betraf vor allem sowohl Menschen mit niedrigen oder ganz ohne Qualifikationen, als auch Jugendliche mit einem Berufsschulabschluss.

Die Schweizer Journalisten, die die Probleme der Nachbarn aufmerksam verfolgten, stellten mit Genugtuung fest, dass es den österreichischen Arbeitslosen an *Qualifikationen fehlt*<sup>40</sup>. Der Korrespondent der *Neuen Zürcher Zeitung* in Wien, der die statistischen Daten einer durch den Eurostaat durchgeführten Untersuchung analysierte, gab an, dass trotz einer so großen Zahl der Arbeitssuchenden auf dem österreichischen Markt gleichzeitig 19.300 freie Arbeitsplätze angeboten wurden, um die sich ganz wenige Personen bewarben. Dem AMS (Arbeitsmarktservice) nach war es nicht einfach, eine Arbeit in den spezialisierten Firmen für die Arbeitslosen mit einer abgeschlossenen Berufsschule (35%) oder ganz ohne Beruf zu finden. Aber genau solche Personen bildeten sogar 46% der Gesamtzahl der Arbeitslosen<sup>41</sup>. Im Zusammenhang mit der oben genannten Berufsstruktur der ohne Beschäftigung bleibenden Personen war es nicht verwunderlich, dass die Vorhersagen für das nächste Jahr keinerlei Verringerung der Arbeitslosenquote in Österreich verhießen,<sup>42</sup> und österreichische Publizisten an den Kanzler Schüssel appellierten, dass die Regierung entscheidende Schritte wenigstens zwecks Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit, die die Zahl von 39.000 überschritt, endlich unternehmen möge<sup>43</sup>. Ob das in der Situation der Ausgabenbeschränkungen für die Infrastruktur, wissenschaftliche Forschungen und andere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens möglich wäre, was der Chef der SPÖ im Europäischen Parlament – Hannes Swoboda – vorschlug, war mehr als ungewiss<sup>44</sup>.

Der Vorschlag Österreichs, das gemeinsam mit Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Holland und Schweden, also mit

---

<sup>39</sup> „Laut AMS-Daten“, publiziert [in:] *Profil*, vom 5. Dezember 2003, S. 41.

<sup>40</sup> „Sie können einander nicht finden. Österreichs Arbeitslosen fehlt es an Qualifikationen“ [in:] *Neue Zürcher Zeitung*, vom 18. Dezember 2003. S. 14.

<sup>41</sup> Op. cit.

<sup>42</sup> Mehr dazu in: „Konturen der Erholung in Österreich“ [in:] *Neue Zürcher Zeitung*, vom 20/21. Dezember 2003, S. 14.

<sup>43</sup> M. Nikbakhsh, „Reden wir darüber“ [in:] *Profil*, vom 1. Dezember 2003, S. 43.

<sup>44</sup> Siehe: Die Umfrage, die vom *Profil* unter den vier Delegationsvorsitzenden der österreichischen Parteien im Europäischen Parlament durchgeführt wurde, [in:] *Profil*, vom 22. Dezember 2003, S. 18/19.

anderen Nettozahlern in der EU, forderte, die EU-Ausgaben auf 1% des Volkseinkommens zu beschränken, war für die Finanzierung der EU-Erweiterung katastrophal, sah auch für die Österreicher nicht gut aus. Weniger Geld in der EU-Kasse würde nicht nur weniger Mittel für die Erweiterung der EU bedeuten, sondern auch für notwendige Ausgaben in den Mitgliedstaaten. Damalige Botschafterin Polens in Wien, Irena Lipowicz, hatte den Apell um Sparmaßnahmen, den Kanzler Schüssel mit Enthusiasmus unterstützte, folgend kommentiert: *Diese finanziellen Kürzungen werden doch auch Österreich treffen. Es bekommt weniger Geld für den Tunnelbau unter dem Brennerpass, für österreichische Landwirte und den Grenzschutz*<sup>45</sup>.

Die Polen und andere EU-Beitrittskandidaten konnten jedoch mehr Verständnis und Unterstützung seitens Österreich kaum erwarten. Diese ambivalente Haltung der Österreicher erklärte sich aus einem einzigen Grundsatz: Die Absicht der Hilfeleistung und jegliche Sympathie endeten dort, wo eigene Interessen berührt und eigenes Geld angetastet wurden.

### **Zusammenfassung**

1. Mai 2004 – ein glückliches Datum für die Polen. Republik Polen wurde Mitglied der EU! Die Österreicher freuten sich nicht so sehr über die Aufnahme von zehn Ländern aus Mittel- und Osteuropa in die EU-Strukturen. Vor der Erweiterung der Union schlugen die Österreicher vor, für die Staatsbürger der neuen EU-Mitgliedsländer, die eine Arbeit auf dem Gebiet der EU aufnehmen wollten, eine siebenjährige Karenzzeit und eine Schutzfrist für vier Branchen festzusetzen. Die Mitglieder der österreichischen Regierung und der Kommissar Franz Fischler spornten österreichische Unternehmer zur Ostexpansion an. 67% der österreichischen Kleinunternehmer waren jedoch der Meinung, dass die EU-Erweiterung ihrem Lande keinen Nutzen bringe. Man übte Druck auf die Regierung aus, damit sie den eigenen Arbeitsmarkt, die Landwirtschaft und die Grenzregionen schützt. Die Österreicher schlugen vor (was andere EU-Nettozahler unterstützten), die EU-Ausgaben auf dem Niveau von 1% des Bruttonationaleinkommens zu beschränken. Sie haben jedoch die Tatsache vergessen, dass die Kürzungen auch ihre eigenen Bürger treffen werden.

---

<sup>45</sup> O. Lahodynsky, *Triumphal gescheitert...*, S. 18.

## Literatur

- „Angst vor der Verkehrshölle. Die Grünen kritisieren den massiven Ausbau des Straßennetzes in der Ostregion“ [in:] *Die Presse*, vom 15. November 2003, S. 11.
- Außenpolitischer Bericht 1997. Jahrbuch der österreichischen Außenpolitik; Bericht des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten*, Wien 1998.
- Barcz J., *Austria w Unii Europejskiej. Problemy prawne w procesie akcesyjnym*, Opole: Wydawnictwo Uniwersytetu Opolskiego, 2001.
- Bodlaj S.D., *Rzeczypospolita Polska, Republika Austrii a Unia Europejska (1995–2002)*, Magisterarbeit, verteidigt am Lehrstuhl für Deutschlandstudien der Lodzer Universität, Łódź 2003.
- Polen und Österreich – Partner in Europa*. Die Konferenz fand in den Tagen vom 1. bis zum 3. April 2001 statt. Konferenzheft: *IDM-Info für den Donauraum und Mitteleuropa, Sonderheft 2*, Wien 2002.
- „Die Umfrage, die vom *Profil* unter den vier Delegationsvorsitzenden der österreichischen Parteien im Europäischen Parlament durchgeführt wurde“ [in:] *Profil*, vom 22. Dezember 2003, S. 18–19.
- „Economist“ [in] *Die Presse* vom 15. November 2003.
- „EU-Erweiterung“ [in:] *Profil*, vom 5. Dezember 2003, S. 41.
- „Euro-Barometer“ [in:] *Profil* vom 5. Januar 2004, S. 41.
- Europäisierung der österreichischen Politik. Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft*, (Hrsg.) Neisser B.H., Puntscher-Riekmann S., Wien: WUV, 2002.
- Fiedor K., *Austria. Zarys dziejów politycznych*, Łódź: Wydawnictwo WSSM, 2000.
- Fischler F., *Aufschwung, Friede, Mitbestimmung. Fünf Jahre österreichische Mitgliedschaft in der EU*, [in:] Österreich in der EU. Bilanz und Ausblick, Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, Wien: UW Verlag, 2000, S. 6–11.
- Grüll M., „Zukunft ohne Grenzen“ [in:] *Profil*, vom 26. Januar 2004, S. 60.
- Heuberger J., „Der Grenzgänger“ [in:] *Profil*, vom 26. Januar 2004, S. 80–81.
- „Jugendliche sind Europafans“ [in:] *Profil* vom 1. Dezember 2003, S. 19.
- „Konturen der Erholung in Österreich“ [in:] *Neue Zürcher Zeitung*, vom 20/21. Dezember 2003, S. 14.
- Lahodynsky O., „Die Nervensäge“ [in:] *Profil*, vom 1. Dezember 2003, S. 16–21.
- „Laut AMS-Daten“ [in:] *Profil*, vom 5. Dezember 2003, S. 41.
- Magenschab M., „Österreichs Chancen im Donauraum“ [in:] *Morgen*, Jg. 21, Nr. 111, Februar 1997, S. 8–11.
- Nikbakhsh M., „Reden wir darüber“ [in:] *Profil*, vom 1. Dezember 2003, S. 43.
- Nikbakhsh M., „Wir Neurotiker“ [in:] *Profil*, vom 5. Januar 2004, S. 41.
- Offene Fragen. Offene Antworten*. Eine Informationsinitiative der österreichischen Bundesregierung in Zusammenarbeit mit der Europäischen Union, Wien: UW Verlag, 2000.
- Pelinka A., Rosenberger S., *Österreichische Politik. Grundlagen. Strukturen. Trends*, Wien: Wien Verlag, 2000.
- Profil* vom 22. Dezember 2003, S. 18.
- Profil*, vom 5. Januar 2004, S. 57.
- „Profil-Extra. Wirtschaftsraum Zentraleuropa. Im Zentrum Europas“ [in:] *Profil*, vom 26. Januar 2004, S. 61–95.

- „Sie können einander nicht finden. Österreichs Arbeitslosen fehlt es an Qualifikationen“ [in:] *Neue Zürcher Zeitung*, vom 18. Dezember 2003. S. 14.
- Sikorska M., *Polen und die Polen, Österreich und die Österreicher – gegenseitige Wahrnehmung vor der Erweiterung der Europäischen Union*, Warszawa: Instytut Spraw Publicznych, 2000.
- Schüssel W., „Zukunft gewinnen, Österreich erfolgreich regieren“, *Regierungsbilanz 02*, Wien 2002.
- „VCP in Polen“ [in:] *Profil*, vom 15. Dezember 2003, S. 43.
- „25.000 Euro pro Firma und Tag“, Sonntagsbeilage, [in:] *Die Presse-Economist*, vom 15. November 2003.